

ZEUGENSCHRIFTUM

Name:	ZS Nr.	Bd	Vermerk:
STAUDINGER, Hans	2264	I	
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4816/72	Best. ZS 2264
Rep.	Kat. la

Akademische Freiheit und Politisierung der Hochschulen

Eine Stellungnahme

Dr. Richard Löwenthal, der Politologe von Berlin, meinte, als er kürzlich hier in New York war, dass die Stellungnahme von Kollegen der Hitleremigration von Bedeutung sein könnte in dem augenblicklichen Kampf vieler Universitäten um die akademische Freiheit und gegen die Politisierung der Hochschulen.

Eine darauf folgende Diskussion mit dem hessischen Kultusminister, Dr. Ludwig von Friedeburg, hat den Ernst der Lage scharf zum Ausdruck gebracht. Wir wollen uns aber andererseits der Verpflichtung nicht entziehen, unsere Meinung auszudrücken, wenn wir danach gefragt werden.

Soweit wir hören, haben in der Bundesrepublik oft von dem radikalsten Flügel beeinflusste Terror- und Störungsmethoden die Durchführung der Gesetze und den Universitätsbetrieb selbst lahmgelegt. Die hierherkommenden warnenden Berichte sind erfüllt von Klagen über Zeit- d.h. Erziehungsverlust durch end- und nutzlose Sitzungen, über gewaltsame Unterbrechungen der Vorlesungen, über Proteste gegen Professoren und Rektorenwahlen, über studentische Überwachungen

der Prüfungen und Verringerung der Anforderungen im Prüfungsverfahren. Leider zeigen die Störungen der Prüfungen, dass es der romantisch-idealistischen Jugend auch um sehr persönliche materielle Aufstiegsinteressen geht - womit sie allerdings die Beurteilung über die Qualität der abgehenden Studenten einer Universität im Ganzen empfindlich herabsetzen. Es hat zum Teil den Anschein, dass akademische oder Verwaltungsbehörden und auch Politiker aus politischen Gründen oder um neue grössere Störungen zu vermeiden, einfach der Ruhe wegen die Minderheiten ihr Spiel weiter treiben lassen.

Die Situation ist noch ernster, seit sich die kommunistischen Spartakuszellen über Berlin in die führenden westdeutschen Universitäten ausbreiten und mit den heimlichen Methoden der Hitlerstudenten arbeiten. Es wird sich schwer feststellen lassen, ob diese Infiltrierungen von einer östlichen Zentrale geführt werden. Die Gleichheit des Vorgehens spricht dafür. So bleibt eines, falls man das Spiel zu einem Ende bringen will: die Mehrheiten zu aktiver Gegenarbeit zu wecken, vielleicht auch die Universitätswahlgesetze so zu ändern, dass nur eine beträchtliche Mehrheit von tatsächlichen wählenden Studenten studentische Vertretungen in den akademischen Körperschaften überhaupt ermöglicht.

Man kann in solch ernster werdenden Situationen - nachdem die Bemühungen vernünftigen Eingehens auf berechnete Forderungen der Studenten versagt haben - den unliebsamen

Schritt nicht vermeiden, die Polizei unmittelbar auch ohne Ruf des Rektors zum Schutz von Professoren und Lehrbetrieb eingreifen zu lassen. Auch ein verschärftes Ordnungsrecht hätte seine Wirkung. Nur entschlossener und rechtzeitiger Gegendruck kann den gewaltsamen Druck stemmen, wo kein Verstand mehr waltet, sondern nur politischer Fanatismus. Die Universitäten dürfen nicht ein "Sanktuarium" für Gewalttaten und andauernde Störungen werden.

Das Kernproblem in der internationalen Hochschulkrise ist die Politisierung der Lehranstalten. Es gibt Zielvorstellungen, die sich durch ein Entweder-Oder gegenseitig ausschliessen. Ihre Vermischung schadet in der Politik und trägt Spannungen in die Institutionen. Es besteht weitgehende Übereinstimmung, dass sich akademische Freiheit und doktrinärer Zwang nicht vertragen. Kann da ein demokratischer Staat doktrinären Zwang wählen? Kann er z.B. durch Mehrheitsbeschluss eine marxistische "Glaubensuniversität" errichten, die eine einseitige politische Auswahl des Verwaltungs- und Lehrkörpers und im Lehrplan zur Folge hat und die die Studenten, die Lehrer und Beante werden wollen, einer Dogmatisierung aussetzt? Damit wäre der "Kulturkampf" von der linken Seite her eröffnet - gegen den die Demokraten ein Jahrhundert lang gekämpft hatten.

Demokratie verlangt freie wissenschaftliche Lehre und Forschung. Sie zielt auf eine freie Bildungsschulung der individuellen Persönlichkeit. Zugleich ist es Aufgabe der staatlichen Bildungspolitik, das moralische Bewusstsein zu

schärfen für die wachsenden Verpflichtungen einer sozialen Demokratie, wie dies auch das Grundgesetz ausspricht. Die Demokratie ist ein politisches Bekenntnis, das die Toleranz gegen Andersgläubige in sich schliesst. Es ist ein aktuelles politisches Problem, wie weit diese Toleranz getrieben werden kann, ohne die Demokratie selbst durch ihre gegnerische Minorität unterwühlen zu lassen. Unter den radikalen Studenten und Professoren mit ihren verschiedenartigen sozialistischen Richtungen stehen viele nicht nur der gegenwärtigen politischen Praxis in der Demokratie kritisch gegenüber, sondern verneinen in ihren ideologischen Lehren die demokratische als solche. Um es kurz zu charakterisieren -- abgesehen von dem sonstigen politischen Leben - erleben wir heute auf den Universitäten eine "Krise der Demokratie". Und es ist eine Ironie, dass sie durch "Demokratisierung der Universitäten" gefördert wird. Es besteht die Gefahr, dass diese Krise durch Einstellung demokratiefeindlicher Professoren noch von "Oben" her (den Erziehungsbehörden) mit Zustimmung demokratischer Politiker verstärkt wird. Schon einmal ist in Deutschland der Versuch, aus einem "Entweder-Oder" ein "Sowohl als Auch" zu machen, gescheitert.

Eine vergleichende Skizze von Dr. Staudinger über die Studentenunruhen in Amerika und Deutschland ist beigelegt.

18. April 1972

Arnold Brecht
Staatssekretär a.D.
Professor emeritus
der Graduate Faculty,
New School
New York, N.Y. 10011
66 West 12th Street

Hans Staudinger
Staatssekretär a.D.
Dean and Professor
emeritus der Graduate
Faculty, New School
New York, N.Y. 10011
66 West 12th Street

25-2264-6

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4816/72	Best. ZS 2264
Rep.	Kat. R

STUDENTENUNRUHEN IN AMERIKA UND DEUTSCHLAND

Eine vergleichende Skizze

Die studentischen Unruhen der sechziger Jahre waren internationale Erschütterungen mit weitgehend gegenseitigen Ansteckungswirkungen - und doch gleichzeitig mit starken nationalen Verschiedenheiten. Noch stärkere nationale Unterschiede zeigen die zum Teil übereilten und unbedachten Gegenaktionen und Reformmassnahmen der akademischen wie der öffentlichen Behörden. Die als "Lösungen" beschlossenen und vorgeschlagenen Hochschulreformgesetze in Deutschland - ich schicke mein Urteil voraus - haben "stattdessen" die Unruhen gefördert und lassen eine bleibende Verschlechterung der dortigen wissenschaftlichen Entwicklungen befürchten. Es geht mir dabei nicht um das wiederum getrübe kulturelle "Image" Deutschlands in der Welt. Durch die enge Verbundenheit der Wissenschaften in der westlichen Welt ist ein solcher nach der Hitlerzeit erneuter kultureller Rückschlag von internationaler Wirkung. Die Presse Amerikas berichtet mit Besorgnis diese studentischen Störungen an deutschen führenden Universitäten im Gefolge der Neuordnungen. Die New York Times widmete kürzlich (9. März) und die Washington Post (2. April) den Unruhen an der Freien Universität in Berlin warnende Leitartikel.

Vergleichen wir nun die Entwicklungen in Amerika und Deutschland. Zuerst möchte ich die drei Phasen der amerikanischen "Revolten" kurz skizzieren. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verschärften sich zunehmend die "Konfrontationen" von Studenten mit den Hochschulbehörden und breiteten sich über den Kontinent aus. Sie waren stark politisch orientiert. Den Höhepunkt erzielten die Bewegungen zur Zeit des amerikanischen militärischen Einmarsches in Kambodia, als Universitäten, Schulen, Lehrer und Studenten sich im politischen Protest vereinten. Die politische Periode entwickelte neue Methoden von Massenkundgebungen, Sammlungen, wiederholten Massenaufzügen, die ein weites Echo fanden, wobei Rassenfragen, Forderungen zum Kriegsabbruch, soziale und meist grosstädtische Fragen im Vordergrund standen. Auch diese Probleme spielten in die heftigen akademischen Auseinandersetzungen hinein, die wie anderswo mit Streiks, Unterbrechung von Vorlesungen, Besetzung von Gebäuden und zentralen Verwaltungsräumen (mehr oder minder gewaltsam) die Professoren und Behörden oft überraschend unter den Machtdruck einer Studentenuniversität stellten - Mitbeteiligung in vollstem Ausmasse war der Slogan. Die Polizei, selbst das Militär, meistens zu spät gerufen, und dann die Gerichte, brachten trotz der anfänglich sich verbreiternden wilderen Proteste - oft von linken Hochschullehrern gestützt - endlich eine merkwürdige bittere Ruhe zum Campus zurück. Die öffentliche Mehrheitsmeinung wandte sich oft scharf gegen die Studenten, ihre Freiheiten, die Duldsamkeit

von Eltern und Universitäten. Auch Arbeitergruppen protestierten gegen den Studentenaufbruch.

Die zweite Periode folgte schon am Ende der sechziger Jahre. Ihr Merkmal war der enttäuschte Rückzug aus der politischen Beteiligung. Die Führer sahen, dass die Erfolge im Verhältnis zum Opfer enttäuschten, und im Verhältnis zur politischen Gegenwirkung unterlegen waren. Diese Einsichten spiegeln sich in den sich mehrenden Streitigkeiten zwischen den radikalen Gruppen. Doch diese zweite Periode zeigte auch das positive Ergebnis des studentischen Druckes: in einem "Aneinanderrücken" von Studenten und Professoren, die zum Mitsprechen der Studenten - wenn auch nicht zur Mitentscheidung in wesentlichen akademischen Fragen - führte (nur in vereinzelten Universitäten hat sich eine mitstimmende Studentenvertretung durchgesetzt). Die Studienpläne wurden unter diesem Druck modernisiert und neue Kurse oder erweiterte Lehrfächer eingerichtet. Es erschienen im Lehrplan Vorlesungen über Rassenfragen, Frauenemanzipation, Revolutionsgeschichte - Marxismus in erweiterter Form - über Notlagen der Städte, Krisen in unserer Gesellschaft, "Ecology", die Krisen der Umwelt. Die vom Militär und dem Staat geförderten Forschungsprogramme erfuhren Einschränkungen. Der ganze Lehrbetrieb wurde lebendiger.

Mit dem akademischen Jahr 1971/72 verminderte sich der Drang zum restlosen Ausleben der Studenten in ihren Kommunen. Einer gewissen Bitterkeit folgte eine Ernüchterung: die

Notwendigkeit, für die eigene Zukunft zu sorgen. Die ungünstige wirtschaftliche Lage, die Inflation, übten einen Druck auf den Stellenmarkt für akademische Anwärter aus. Entsprechend verminderte sich die Abneigung gegen Stellen in der Industrie. Die offensichtlich gewordene finanzielle Krise der privaten "Colleges" und "Graduate Schools" zeigte, dass gerade die von den Studenten bevorzugten Aufstiegsmöglichkeiten seltener werden. - Der Umschwung, ich folge den mir gegebenen Berichten, zeigt sich in intensivierterem Interesse für das Studium. Doch gehen, wie ich von Studenten höre, in ihren eigenen Reihen die Debatten über eine neue Gesellschaftsordnung weiter. Sie setzen sich bewusst von der Umwelt ab. Zögernd und nicht vollzählig werden die über 18Jährigen von ihrem neu gewonnenen Wahlrecht Gebrauch machen. Nur wenige Universitäten leiden heute noch unter Unruhen und diese sind meist auf Rassenkonflikte beschränkt.

Die Störungen, Gewalttätigkeiten und Schulstreiks haben sich an den Mittelschulen jedoch keineswegs verringert. Sie mögen sich noch verstärken durch die Forderung, dass die Schulen dem Zahlenverhältnis von Weissen und Farbigen in der Bevölkerung zu entsprechen haben. (Der Bus oder Schulomnibus als Mittel zum Ausgleich der rassischen Verschiedenheiten ist eine der Hauptfragen der kommenden Präsidentenwahl.)

Doch auch hier organisiert sich die Gegenbewegung. In seinem wöchentlichen Bericht in der New York Times wendet sich der Gewerkschaftsführer der Lehrer, Albert Shanker (1. April) gegen die Lässigkeit der Schulbehörden, ernste und vorgreifende

Massnahmen gegen die oft gewaltsamen Unterbrechungen des Schulbetriebes zu ergreifen, was nur Chaos und Unruhe fördere.

Diese beschreibende Darstellung des studentischen Druckes und des Gegendruckes der akademischen, besonders aber der weiteren Öffentlichkeit in Amerika, soll den Hintergrund bilden zu meiner folgenden kritischen Erörterung der deutschen Besonderheiten in den Studentenrevolten.

* * *

Vergleicht man die amerikanische mit der deutschen Aktionskurve in der Studentenbewegung, so stellt sich von selbst die Frage über die Gründe der Verschiedenheit. Ich und auch eine Reihe meiner Freunde glauben, dass in Deutschland gerade die Reformgesetze der Länder durch ihre prinzipielle Strukturänderung und ihre Durchführung eine Verlängerung und teilweise eine Verschärfung der Studentenunruhen zur Folge haben. Doch darüber hinaus führen sie - so fürchten wir - zu einer dauernden Verschlechterung der wissenschaftlichen Leistungen und der Lehrerfolge an den deutschen Hochschulen.

Ihrer Idee nach wollen die Reformgesetze zu einer "Demokratisierung der Schulen" beitragen. Die politische Demokratie ist auf der Gleichberechtigung der Bürger aufgebaut zum bestmöglichen Ausgleich ihrer verschiedenartigen Bestrebungen und sozialen Zielsetzungen. Die sogenannte neue kulturelle Demokratie basiert jedoch auf einer Ungleichheit

der Beteiligten: Den "Lehrenden" stehen die "Lernenden" gegenüber. Die Ersteren sind bleibend, die Studenten sind meist schnell wechselnde Erscheinungen. Die Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaftsdemokratie ist auf die jahrelang geschulten Arbeitervertreter, nicht aber auf die Lehrlinge gestützt.

Falsche Vergleiche führen zu falschen Schlüssen. Die Schulen selbst sind keine selbständigen demokratischen Einrichtungen. Sie sind Zweckinstitute für Bildung und Erziehung in einem bestimmten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System. In den westlichen Ländern dienen gerade die mehr oder minder von tagespolitischen und doktrinären Einflüssen unabhängigen Strukturen besonders der Universitäten der bestmöglichen Erziehung des demokratischen Bildungsideals. Es ist meines Erachtens kein Zweifel, dass sowohl in Amerika wie Deutschland nach dem Weltkriege die erforderliche Umstellung auf ein modernes Erziehungssystem, das den wachsenden Schülerzahlen, den breiteren Aufstiegsmöglichkeiten und der grösseren Mobilität in der Berufswahl Rechnung trägt, sich zu langsam vollzogen hat. Mitten in diese Neuordnung kamen die Studentenaufstände. Sie waren zwar meist von politischen Ereignissen veranlasst, doch gleichzeitig forderten sie - oft unter gewaltsamem Druck - eine Neuregelung der Universitäten, die eine weitreichende Mitbestimmung in allen Universitätsfunktionen den Studenten sichern müsse. In der Tat erschütterten sie damit die Erziehungspolitik und teilweise die Erziehungsideale der demokratischen Staaten. In

Amerika, wie zuvor geschildert, hat man in langwierigen Verhandlungen einen "modus vivendi" von einer Mitbeteiligung der Studenten gefunden, die gleichzeitig ein engeres persönliches Verhältnis von Professoren und Studenten voraussetzt. In Deutschland hat man für die Reformen den raschen Weg gesetzlicher Neuordnung der Institutionen beschritten.

Nun zu den Reformgesetzen selbst: Die Um- und Abgrenzung der Lehrenden und der beruflichen Fachziele als solche bedürfen in Deutschland der staatlichen Mitwirkung. Dies sind letztthin politische Entscheidungen. Die politischen Reformgesetze haben--und dies ist ihr allgemein anerkannter positiver Beitrag--das Monopol des Kollegiums der ordentlichen Professoren beseitigt, die die Richtung, den Umfang wie die Qualität von Lehre und Forschung weitgehend beeinflussten, und dies oft gemäss ihrer eingefahrenen Lehrmeinungen, selbst ihrer eigenen politischen Einstellung. Man hat den überalterten Interessen-Konflikt zwischen dem akademischen Nachwuchs und den eingesessenen Ordinarien endlich zu lösen versucht, sie auch eine rechtliche Gleichstellung der habilitierten Nichtordinarien und eine berufliche Besserstellung der nicht habilitierten Assistenten und Tutoren geschaffen.

Und nun zum tragisch Negativen: Die jüngsten Reformgesetze verfügten eine paritätische Mitbeteiligung und - was das wesentliche ist - Mitentscheidung von Vertretern des Verwaltungspersonals und der Studenten mit den Assistenz-

professoren und Professoren in den wichtigsten akademischen Fragen einschliesslich Berufungen und dauernde Anstellung. Wenn wir diese Mitbestimmungsrecht der Studenten - und da greife ich auf meine Erfahrungen in der Aufsicht von einigen Schulen in der Vorhitlerzeit zurück - in den Dreissiger Jahren gehabt hätten, würden wir die Universitäten im Ganzen schon frühzeitig völlig politisiert und arbeitsunfähig gemacht haben und dies in einer Zeit, wo der Kampf mit Hitler keineswegs entschieden war. Die Mitentscheidung führt naturgemäss zu dauernden Weltanschauungsdebatten, und die politische Ausrichtung der Studenten muss eine einseitig bewertende Rolle spielen.

Abgesehen von diesen offensichtlichen dauernden Politisierungsgefahren an den Universitäten ist die noch ernstere Frage, die der Entscheidungskompetenz von Studenten. Man hat damit die "Noch-nicht-Erzogenen" zu Miterziehern ihrer Selbst gemacht. Wohl gibt es unter den Ländern Verschiedenheiten in den Entscheidungskompetenzen. In Bayern versucht man die Einschränkung, dass eine Mehrheit der Professoren für eine Einstellung von Professoren auf Lebenszeit notwendig ist. Wir dem auch sei - auch unter den Beschränkungen können Verwaltungsangestellte und Studenten, indem sie Ordinarien und Assistenzprofessoren gegeneinander ausspielen, ihre eigenen politischen und persönlichen Geschäfte betreiben. Studenten - selbst ältere Semester - sind einfach für diese weittragenden Entscheidungen, die Objektivität wie Kenntnisse verlangen, weder genügend erfahren noch qualifiziert.

Es liegt nun einmal in der Natur der Erziehung, dass Lernende erst nach Jahren Wissens- und Urteilsreife erreichen können, um dann meistens ihre Alma mater zu verlassen. Über die Qualitäten eines vorgeschlagenen Kandidaten als Wissenschaftler und Forscher, als Erzieher, als Lehrer und Persönlichkeit zu urteilen, ist nur auf Grund von erzieherischer und fachwissenschaftlicher Einschätzung der Leistungen möglich. Über Lehrbefähigung müssen "diskret" Urteile von früheren Anstellungen herbeigezogen werden. Man darf unter den gegebenen Umständen annehmen, dass unter den habilitierten Lehrern, ein verbreitertes Kollegium, im allgemeinen so etwas wie ein verantwortliches Streben nach objektiven Grundsätzen vorhanden ist, die letztlich für die künftige Leistung und das Ansehen einer Fakultät wesentlich sind. Und diese Qualitätsfragen sind ihrerseits für die Zukunftsaussichten der Studenten selbst von nicht geringer Bedeutung.

Zwischen Mitbestimmung und aktiver Mitwirkung ist ein Unterschied. Wie ich aus meinen amerikanischen Erfahrungen darlegte, ist eine "Mitwirkung" der Studenten in der Lehr-gemeinschaft einer Universitaet eine Notwendigkeit, wo immer sie zum Lehrerfolg und der Belebung des Interesses beiträgt. Das Urteil der Studenten über die Lehrbefähigung - und dauernd über die erzieherische Anteilnahme der Lehrenden - ist oft treffend und wertvoll. In den Lehrplänen ist Raum, um in gegenseitiger Beratung veralteten Ballast zugunsten von neuen Forschungsrichtungen abzuwerfen. Die sozialen Fragen

der Studenten und die Zukunftsentwicklungen der Universität verlangen freie Aussprache. Doch auch hier wie in der Auswahl der Forschungsprojekte muss die letzte Entscheidung bei denen liegen, die Erfahrungen mit Kenntnissen vereinen.

Die entscheidende Frage ist: Wie weit kann diese neue, im Grundprinzip sinnwidrig angelegte Strukturordnung der Deutschen Universitäten mit ihren gesetzlich festgelegten dauernd negativen Folgen für die Wissenschaftsentwicklung noch geändert werden? Ist noch ein Weg offen, oder haben sich Bundesministerium, Länder und die Parlamentarier für das kommende Modell-Hochschulrahmengesetz schon endgültig festgelegt? Unsere Warnung vor der drohenden Qualitätseinbusse der Hochschulen in der Bundesrepublik richtet sich gegen die leicht übliche Verharmlosung.

18. April 1972

Hans Staudinger
Staatssekretär a.D.
Dean und Professor emeritus
an der Graduate Faculty,
New School
New York, N.Y. 10011
66 West 12th Street